

1 **Positionspapier des 5+1-Symposiums –**
2 **Magdeburger Erklärung II**

3
4 *I. Vorbemerkungen:*

5
6 Als verantwortungsbewusste liberale Landespolitiker bekennen sich die Vorsitzenden
7 und Mitglieder der FDP-Landtagsfraktionen der fünf neuen Länder und Berlins zur
8 Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP.

9
10 Auch 20 Jahre nach dem Mauerfall existieren trotz der seither erzielten großen und
11 zahlreichen Fortschritte der neuen Länder im Aufholprozess gegenüber den west-
12 deutschen Ländern unbestreitbar noch immer zahlreiche spezifisch ostdeutsche
13 Charakteristika. Dies beinhaltet bekannte Probleme, wie die noch nicht dem west-
14 deutschen Niveau entsprechende wirtschaftliche Stärke oder die Abwanderung.
15 Gleichzeitig besitzen die neuen Länder eine große Attraktivität für Investoren, da sie
16 inzwischen infrastrukturell hervorragend erschlossen sind und der Arbeitsmarkt eine
17 größere Flexibilität aufweist.

18
19 Nach elf Jahren in der Oppositionsrolle hat die FDP mit ihrem historisch besten
20 Wahlergebnis die Rückkehr in die Regierungsverantwortung auf Bundesebene ge-
21 schafft. Der Titel des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP bringt zentrale
22 Ziele liberaler Politik zum Ausdruck – WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.
23 Angesichts des Bekenntnisses zur sozialen Marktwirtschaft und zur politischen Mitte
24 erwarten wir eine kluge und vernünftige Politik zum Wohle der Menschen in ganz
25 Deutschland, die vor allem für die neuen Bundesländer und Berlin Chancen birgt, die
26 ungenutzten Entwicklungspotentiale der vergangenen elf Jahre aufzuholen.

1 *II. Leitsätze*

2 Zu den zentralen Aussagen und Vorhaben des Koalitionsvertrages, die zwangsläufig
3 auch Konsequenzen für die Entwicklung der ostdeutschen Länder nach sich ziehen,
4 positionieren sich deshalb die ostdeutschen FDP-Landtagsfraktionen als Ergebnis
5 des 5+1-Syposiums hinter folgenden Leitsätzen:

6 7 1. SCHWERPUNKT: STEUERN

- 8 a. **Die Konsolidierungspartnerschaft mit dem Bund steht nicht zur**
9 **Disposition. Die geplante steuerliche Entlastung in Höhe von 24**
10 **Milliarden € stellt einen zentralen Grundpfeiler dar, um das Ziel ei-**
11 **nes einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystems zu errei-**
12 **chen.** In Anbetracht der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse
13 und der geringen Finanzkraft der neuen Länder herrscht bereits Druck,
14 Einsparungen vorzunehmen, um langfristig schuldenfreie Haushalte
15 vorweisen zu können. Hinzu kommt, dass der Konsolidierungszwang
16 jährlich aufgrund der abschmelzenden Mittel aus dem Solidarpakt II zu-
17 nimmt. Dies bezüglich sind die ohnehin finanzschwachen Neuen Län-
18 der besonders gefordert. Wir vertrauen darauf, dass der Bund die Leis-
19 tungsfähigkeit der Länder angemessen berücksichtigen wird.
- 20 b. **Die vorgesehene Prüfung einer Regionalisierung der Erbschafts-**
21 **steuer, ist ein erster wichtiger Schritt, den Ländern die alleinige**
22 **Kompetenz für diese Steuer zu übertragen und ihnen die Möglich-**
23 **keit einzuräumen, diese ggf. abzuschaffen.** Die neuen Länder erzie-
24 len aus der Erbschaftsteuer nur marginale Einnahmen. Besäßen sie die
25 alleinige Zuständigkeit, könnten sie ohne nennenswerte Einnahmever-
26 luste die Erbschaftsteuer abschaffen und würden damit ohne zusätzli-
27 che Kosten einen weiteren Standortvorteil generieren.
- 28 c. **Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen**
29 **erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Tourismus-**
30 **branche. Wir sehen das als einen Einstieg in eine transparentere**
31 **Neuordnung der Mehrwertsteuersystematik.** Die Senkung des Mehr-
32 wertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen bietet die Chance zur
33 Erhöhung der Investitionstätigkeiten, zur Anhebung des Beschäfti-
34 gungsniveaus und zur Anpassung des Preisniveaus. Die Einbeziehung

1 der Gastronomie in den Geltungsbereich des ermäßigten Umsatzsteu-
2 ersatzes hätte die Wettbewerbssituation in dieser Branche ausgegli-
3 chener gestalten können.

- 4 d. **Die mit Blick auf die Abfallwirtschaft befürwortete grundsätzliche**
5 **steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unter-**
6 **nehmen ist ordnungspolitisch geboten.** Die FDP hat sich auf Bun-
7 desebene bereits mehrfach dafür ausgesprochen, die steuerliche Un-
8 gleichbehandlung privater und öffentlicher Unternehmen abzuschaffen,
9 um Wettbewerbsgleichheit herzustellen. Derzeit gültiges europäisches
10 Recht verbietet ohnehin steuerliche Privilegierung, so dass die Gleich-
11 behandlung öffentlicher und privater Unternehmen zwingend erforder-
12 lich ist.

14 2. SCHWERPUNKT GESUNDHEIT:

15 **Die medizinische Versorgung aller Bürger wird durch den Koaliti-**
16 **onsvertrag langfristig auf eine solide wirtschaftliche Basis gestellt**
17 **und damit gesichert. Damit werden auch die Bewohner der dünn**
18 **besiedelten und von Abwanderung geprägten ländlichen Regionen**
19 **Ostdeutschlands vor Leistungseinschnitten bewahrt.** Leistungsein-
20 schnitte oder Beitragserhöhungen wären die Folgen eines „Weiter so“
21 in der Gesundheitspolitik. Um das zu verhindern, wird wieder Wettbe-
22 werb zwischen den Kassen zugelassen. Die Arbeitnehmerbeiträge
23 werden einkommensunabhängig gestaltet und der Arbeitgeberbeitrag
24 eingefroren. Dies ist nicht der Weg in die oft befürchtete Zwei-Klassen-
25 Medizin, sondern damit wird vielmehr die bereits vorhandene Zwei-
26 Klassen-Versorgung im bestehenden System beseitigt.

27 Der Koalitionsvertrag eröffnet den Bürgern künftig eigenverantwortliche
28 Gestaltungsspielräume über die gesetzlich geregelte Grundversorgung
29 hinaus. Die Koalition hat sich zum bestehenden Leistungskatalog be-
30 kannt, ebenso zum sozialen Ausgleich. Wie dieser Ausgleich genau
31 aussehen wird, darüber kann man viel spekulieren. Hier sollten zu-
32 nächst die Ergebnisse der Reformkommission abgewartet werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

3. SCHWERPUNKT FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Eine Ausgestaltung des geplanten Betreuungsgeldes in Höhe von 150 Euro in Form von Gutscheinen bietet allen Kindern die Chance auf Zugang zu unterschiedlichsten Formen der frühkindlichen Bildung. Bei einer reinen Barauszahlung besteht die Gefahr dass, gerade die Kinder, für deren Entwicklung der Besuch einer Kindertagesstätte besonders wichtig ist, am stärksten von den negativen Folgen einer solchen Zahlung betroffen sind. Eine Gutscheinelösung ermöglicht den Einstieg in die Chancengleichheit.

4. SCHWERPUNKT CHANCEN:

a. Der langfristige Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur in den wichtigen Bereichen Bildung und Verkehr sowie eine konsistente und nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik sichern langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Länder. Der Koalitionsvertrag setzt eindeutige Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Wirtschaft. In den ostdeutschen Bundesländern müssen durch gezielte Investitionen die vorhandenen Potenziale in Wachstumsbereichen gestärkt werden. Hierbei bietet sich die Einrichtung von Modellregionen für bestimmte Zukunftsthemen an (bspw. Mobilität, Gesundheitswirtschaft, Energie und Umwelttechnik). Durch die verbesserte Vernetzung und Kooperation von Bildungseinrichtungen, Forschungsprojekten und der Wirtschaft kann ein nachhaltiges Wachstum generiert werden und zusätzliche Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen entstehen.

b. Der Koalitionsvertrag stärkt die kommunale Arbeitsvermittlung und schafft Rechtssicherheit für die Optionskommunen.

Wenn auch die vollständige Kommunalisierung der Arbeitsagentur nicht durchsetzbar war, so ist die vorgesehene unbefristete Betreuung und Vermittlung Langzeitarbeitsloser (Hartz IV) durch die sogenannten Optionskommunen ein wichtiger Schritt. Die Kommunen arbeiten erfolgreich und erzielen bessere Ergebnisse als die Arbeitsgemeinschaften

1 aus Arbeitsagentur und Kommune (ARGE). Wird das Vorhaben aus
2 dem Koalitionsvertrag umgesetzt, können die optierenden Kommunen
3 ihre erfolgreiche Arbeit über das geplante Ende am 31. Dezember 2010
4 hinaus fortsetzen und Strukturen schaffen, die dem Prinzip der Einräu-
5 migkeit der Verwaltung genügen. Die Einbindung privater Arbeitsver-
6 mittler sollte erleichtert werden.

7
8
9
10 Für die FDP-Fraktionen:

11
12 im Landtag von Sachsen-Anhalt
13 Veit Wolpert, Fraktionsvorsitzender

14
15 im Thüringer Landtag
16 Uwe Barth, Fraktionsvorsitzender

17
18 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
19 Michael Roolf, Fraktionsvorsitzender

20
21 im Landtag von Brandenburg:
22 Raimund Tomczack, stellv. Fraktionsvorsitzender

23
24 im Abgeordnetenhaus von Berlin
25 Klaus-Peter von Lüdeke, stellv. Fraktionsvorsitzender

26
27